

Norbert Kersting, Jan Kaßner

Alte Ungleichheiten in neuen Formen der Partizipation?

Eine empirische Studie zur politischen Beteiligung marginalisierter Gruppen

Formelle demokratische partizipative Innovationen haben eine Vielzahl informeller Beteiligungsinstrumente, die sich in ihren organisationalen Ausprägungen in Quartiersbeiräten oder Bürgervereinen ausdrücken. Je komplexer jedoch die Partizipation ausfällt, desto höher ist die Gefahr, dass marginalisierte Bevölkerungsgruppen (prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Altersarme) in entsprechenden Organisationen unterrepräsentiert sind. Ein Forschungsprojekt im Auftrag des vhw untersuchte, warum sich entgegen dieser zu problematisierenden Entwicklung dennoch vereinzelt marginalisierte Menschen politisch engagieren. Ziel ist es, Erfolgsfaktoren zu identifizieren und Beteiligungsbarrieren zu minimieren. Es zeigt sich, dass für marginalisierte Bevölkerungsgruppen mit geringer Ressourcenausstattung (Zeit) neben dem informellen organisatorischen Kontext auch individuelle Sozialisationserfahrungen, eine positive Lebensauffassung sowie die Entwicklung einer gruppen- und gemeinwohlorientierten Trotzhaltung das Engagement begünstigen.

Neue und alte Ungleichheiten

Das Verdikt zur partizipativen Spaltung ist beharrlich. Trotz neuer Beteiligungsmöglichkeiten bleiben alte Ungleichheiten bestehen. Zunehmende politische Beteiligungsmöglichkeiten und demokratische Innovation, so der Vorwurf, gelingt es nur begrenzt, beteiligungsferne Gruppen politisch zu integrieren, und so nimmt die Zahl der politisch marginalisierten Gruppen eher zu als ab. Nicht nur im Bereich der repräsentativen Demokratie zeigt sich demnach bei vielen Wahlen eine sinkende Wahlbeteiligung in den ärmeren Stadtteilen (Schäfer/Schoen 2013; Steinbrecher 2009). Auch im Bereich der direktdemokratischen Verfahren, zum Bei-

spiel bei Referenden, ist die Beteiligung selbst dann niedrig, wenn Themen aufgegriffen werden, die den Abbau sozialer Ungleichheit in den Vordergrund stellen (zum Beispiel den Volksentscheid zur Schulreform in Hamburg; Schäfer et al. 2013). Auch bei den deliberativen Beteiligungsinstrumenten werden häufig nicht nur in Bezug auf die Teilnehmerstruktur, sondern auch bezüglich der Diskussionsbeteiligung Ungleichheiten offensichtlich (Schlozman/Brady/Verba 2018; Geißel 2015; Kersting 2008).

Diese partizipative Spaltung korreliert auch in anderen Partizipationsfeldern mit einer zum Teil wachsenden sozialen Ungleichheit und sozialer, ökonomischer und kultureller



Abb. 1: Bei der Definition marginalisierter Gruppen überlagern sich häufig Ungleichheiten (Foto: Jost)



Marginalisierung. Bei der Definition dieser marginalisierten Gruppen bilden somit vertikale soziale Ungleichheiten, zum Beispiel Einkommen, Vermögen, Bildung sowie horizontale primordiale Ungleichheiten, wie Geschlecht, Alter und Ethnie, zentrale Risiken für eine Marginalisierung (Kersting 1994; Maschke 2007). So sind zum Beispiel Gruppen, wie Langzeitarbeitslose, Menschen mit niedrigen Einkommen und Schulden, prekär Beschäftigte, Bildungsabbrecher, verwitwete Frauen, Pflegebedürftige, Unverheiratete und geschiedene Senioren, alleinerziehende Mütter, Obdachlose, Menschen mit geringem Versicherungs- und Vorsorge-schutz, Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, Migranten und Ausländer mit unsicherem Aufenthaltsstatus hierunter zu fassen. Die Liste zeigt, dass sich vertikale und horizontale Ungleichheiten häufig überlagern und verstärken (Voigtländer 2015).

Im Rahmen der Studie „Neue Beteiligung und alte Ungleichheit?“ (Kaßner/Kersting 2021) wurde dieses Spannungsverhältnis zwischen Marginalisierung und geringer politischer Partizipation untersucht. Dort lag der Fokus auf informellen Nachbarschaftsorganisationen des Invented Space in den Stadtteilen, d.h. Quartiersgremien und lokalen sozialen Bewegungsgruppen. Sie sind dadurch charakterisiert, dass sie in der Regel finanziell und organisatorisch unabhängig durch die Bürger und Zivilgesellschaft von unten initiiert werden und oft durch divergierende Ressourcenausstattung charakterisiert sind. In Bezug auf die Strategie gegenüber den kommunalen Verwaltungen sind sie zum Teil konfrontativ, zum Teil aber auch kooperierend einzustufen. Sie sind als Organisationen nicht nur auf kurzfristigen Protest, sondern eher auf langfristige kontinuierliche Beteiligung angelegt. Gemein ist ihnen ein relativ hoher Grad an Autonomie, Unabhängigkeit von Kommunalverwaltungen und politischen Parteien sowohl im Agendasetting als auch in der Entscheidungsfindung.

Perspektivenwechsel

Dabei vollzog das Forschungsprojekt einen Perspektivenwechsel: Ziel der Studie war nicht die erneute Attestierung prekärer Fälle von ökonomischer, sozialer und politischer Marginalisierung, Ziel war vielmehr die Identifizierung von Erfolgsgeschichten und möglichen Rollenmodellen. Wann und wie gelingt es marginalisierten Gruppen, sich zu engagieren? Was sind individuelle und organisatorische Inkubatoren, und was sind Hemmnisse?

Zunächst wurde deutlich, dass sich die Identifizierung von „aktiven Marginalisierten“ und möglicher Stadtteilorganisationen mit hohem Engagement von Marginalisierungsgruppen als problematisch erwies. Zum einen hängt dies damit zusammen, dass Marginalisierte nur selten politisch aktiv sind. Insofern lässt sich diese Cleavage-These bestätigen. Alleinerziehende Mütter etc. fanden sich nicht und

sind, wenn überhaupt, in themenspezifischen Selbsthilfegruppen und stärker digital aktiv. Erschwerend kommt hinzu, dass trotz deutlicher „phänotypischer“ Charakteristika multipler Marginalisierung in Form von Einkommen, Alter, Behinderung und Migration diese Charakteristika auf der individuellen Ebene nicht in der Selbstwahrnehmung realisiert werden. So zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen der wahrgenommenen gefühlten Marginalisierung im Gegensatz zu offensichtlicher aber nicht wahrgenommener, „dementierter“ Marginalisierung.



Abb. 2: Alter und Behinderung können zu Marginalisierung führen (Foto: Metscher)

Nach der Identifikation marginalisierter Gruppen und der Umsetzung der Interviews zeigten sich deutliche Cluster der individuellen Motivation zum Engagement. Deutlich wurde ein Bedürfnis nach sozialen Kontakten, Anerkennung und Bestätigung. Zwar waren als Auslöser häufig die eigene Betroffenheit und Schockerfahrung zentral, elementar waren aber eher eine am nahraumorientierte Gemein- und eine Gruppenwohlorientierung und seltener eine Bearbeitung eigener Marginalisierung.

Lerneffekte und Weiterentwicklung

Politisch zeigt sich eine starke Tendenz in Richtung Zynismus. Viele Marginalisierte haben langfristige Engagementserfahrungen und auch entsprechende Sozialisationserfahrungen – oft bereits seit der Jugend. Man sieht über das Engagement eigene Lerneffekte und eine Weiterentwicklung der Persönlichkeit sowie den Aufbau von Fachwissen. Oft ist eine geringe Wirkungserfahrung ein Faktor für ein eher zynisches Politikverständnis. Eng damit verknüpft ist auch die Ausbildung einer Trothaltung gegenüber der etablierten Politik. Diese Haltung treibt einige der Aktiven an, sich auch entgegen verschiedener Widrigkeiten sowie einer geringen Aussicht darauf, dass die eigenen Forderungen Gehör finden, einzubringen. Dabei ist in diesen Aktiven ein Unterschied zwischen „Akademikern“ mit Studiererfah-

rung und Engagierten ohne Studienerfahrung offensichtlich. Besonders wichtig ist dieser Gruppe der informelle Zusammenhang der Nachbarschaftsorganisation.

Deutlich werden auch weitere spezifische Rollenmuster. „Marginalisierte“ waren seltener die Sprecher der Organisation, sondern eher die an handfester Beteiligung interessierten Everyday-Maker. Die politischen Partizipationsmöglichkeiten sowie das bürgerschaftliche Engagement bieten Chancen für die marginalisierten Gruppen, sich stärker zu vernetzen und in der Mitarbeit Kompetenzen zu entwickeln. Es werden nicht nur neue Kontakte geknüpft. In diesen „Lernorten der Demokratie“ (Kersting 2017) wird Verantwortung übernommen, es werden erfolgreich Eigen- und Gruppeninteressen artikuliert.

Ökonomische Ungleichheiten sind eklatant und beim Engagement wirkungsmächtig. Neben den individuellen Faktoren stehen – so die Thesen – institutionelle Faktoren einer breiten politischen Beteiligung dieser marginalisierten Gruppen eher im Wege. Die besonderen Inputs, die sie leisten, werden oft nicht wahrgenommen. So fehlen weiterhin angepasste Partizipationsmöglichkeiten, die die Interessen, Kompetenzen und die Fähigkeiten des „marginalisierten Prekariats“ berücksichtigen. Diskriminierung und fehlende politische Anerkennung führen zu einem Verdrängungsprozess und hierüber zu einem politischen Disengagement der marginalisierten Gruppen. Niedrigschwellige Zugänge, stigmatisierungs- und diskriminierungsfreie Kontexte sind auf Seiten der Beteiligungsorganisation relevant und förderlich für eine breite Beteiligung.

Quellen:

- Geißel, Brigitte (2015): Zerstört soziale Ungleichheit die Demokratie? In: Politikum, Heft 4, S. 26–36.
- Kaßner, Jan/Kersting, Norbert (2021): Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Politische Partizipation marginalisierter Menschen. In: vhw-Schriftenreihe. Berlin.
- Kersting, Norbert (1994): Demokratie und Armut. Politische Partizipation und urbaner Lebensstil in Zimbabwe. Münster: Lit.
- Kersting, Norbert (2008): Beiräte und Kommissionen. Integration von Partikularinteressen. In: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden. Springer. S. 107–122.
- Kersting, Norbert (2017): Demokratische Innovation. Qualifizierung und Anreicherung der lokalen repräsentativen Demokratie. In: Ders. (Hrsg.) Urbane Innovation. Springer. Wiesbaden. S. 81–120.
- Maschke, Michael (2007): Behinderung als Ungleichheitsphänomen. Herausforderung an Forschung und Praxis. In: Waldschmidt, A./Werner S. (Hrsg.): Disability Studies, Kulturosoziologie und Soziologie der Behinderung. Erkundungen in einem neuen Forschungsfeld. Bielefeld: Transcript. S. 299–320.
- Schäfer, Armin/Schoen, Harald (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: Leviathan, 41. Jg., 1/2013, S. 94–120.
- Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh. Bertelsmann-Stiftung.
- Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E./Verba, Sidney (2018): Unequal and Unrepresented: Political Inequality and the People's Voice in the New Gilded Age. Princeton University Press.
- Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden. Nomos.
- Voigtländer, Leiv Eirik (2015): Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen. Bielefeld. Transcript.



Prof. Dr. Norbert Kersting

Professor für „Vergleichende Politikwissenschaft – Kommunal- und Regionalpolitik“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster



Jan Kaßner

M.A., Politikwissenschaftler, gegenwärtig Mitarbeiter im Projekt „Demokratie Lernen“ beim Amt für Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Düsseldorf